

Stefan Ederer

Konsum gleicht Exportabschwächung in Österreich aus

Prognose für 2016 und 2017

Konsum gleicht Exportabschwächung in Österreich aus. Prognose für 2016 und 2017

Die Schwäche der Weltwirtschaft dämpft vorübergehend das Exportwachstum in Österreich. Allerdings steigen die Konsumausgaben der privaten und öffentlichen Haushalte 2016 und 2017 kräftig und stützen so die Konjunktur. Das Bruttoinlandsprodukt wird in beiden Jahren um 1,6% wachsen.

Private Consumption Offsetting Slackening Austrian Exports. Economic Outlook for 2016 and 2017

The current sluggishness of the world economy causes a temporary slowdown in Austria's exports. However, domestic private and public consumption rises strongly in 2016 and 2017, lending support to business activity. Gross Domestic Product is projected to expand in both years by 1.6 percent.

Kontakt:

Dr. Stefan Ederer: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Stefan.Ederer@wifo.ac.at

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und http://www.wifo.ac.at/wwwdocs/form/WIFO-Konjunkturbericht_erstattung-Glossar.pdf • Abgeschlossen am 15. März 2016.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (Astrid.Czaloun@wifo.ac.at), Maria Riegler (Maria.Riegler@wifo.ac.at)

Im Jahr 2015 wuchs die Wirtschaft in Österreich nur wenig. Mit +0,9% nahm das Bruttoinlandsprodukt das vierte Jahr in Folge gegenüber dem Vorjahr um weniger als 1% zu. Zwar zogen die Ausrüstungsinvestitionen an, und auch vom Außenhandel kamen merkliche Impulse. Die privaten Konsumausgaben erhöhten sich hingegen wegen der hohen Arbeitslosigkeit und einer schwachen Einkommensentwicklung nur wenig.

Die Konjunktur beschleunigte sich im Jahresverlauf kaum, die Wirtschaftsleistung stieg im IV. Quartal gleich stark wie in den zwei Quartalen davor. Die Dynamik der einzelnen Nachfragekomponenten änderte sich jedoch: Während sich das Exportwachstum im Sog der internationalen Konjunkturverflachung abschwächte und auch die Investitionen geringfügig an Schwung verloren, nahmen der private und der öffentliche Konsum etwas stärker zu. Hier schlugen sich bereits die Ausgaben für die Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen nieder, deren Zahl im Laufe des Jahres 2015 stark gestiegen war.

Die schwache Grunddynamik der Konjunktur dürfte im 1. Halbjahr 2016 anhalten. Die Unternehmen in der Sachgütererzeugung schätzten ihre Auftragslage und ihre künftige Geschäftslage zuletzt merklich schlechter ein. Dennoch dürfte die österreichische Wirtschaft 2016 und 2017 kräftiger wachsen als im Vorjahr. Dazu trägt insbesondere die Erhöhung der Ausgaben für die Betreuung und Grundversorgung von Flüchtlingen sowie für die bedarfsorientierte Mindestsicherung bei, die eine deutliche Steigerung des privaten und öffentlichen Konsums nach sich zieht. Die Steuerreform, die Anfang 2016 in Kraft trat, entlastet die Einkommen der privaten Haushalte und erhöht die Konsumausgaben ebenfalls, auch wenn dieser Effekt durch die Gegenfinanzierungsmaßnahmen abgeschwächt wird. Da die Zahl der Asylanträge 2016 voraussichtlich unter der von 2015 liegen wird, wird das Wachstum der Konsumausgaben 2017 wieder geringer ausfallen. Auch die Steuerreform liefert dann keine zusätzlichen Impulse mehr.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt							
Real	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,6	
Nominell	+ 2,7	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,4	+ 3,7	+ 3,2	
Herstellung von Waren ¹⁾ , real	+ 2,2	- 0,4	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,8	
Handel, real	- 1,6	- 0,2	- 0,5	+ 1,8	+ 3,2	+ 3,3	
Private Konsumausgaben, real	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,8	+ 1,4	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 1,3	- 0,3	- 0,2	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,8	
Ausrüstungen ²⁾	+ 0,7	- 0,1	+ 1,3	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,5	
Bauten	+ 2,2	- 2,1	- 1,0	- 1,2	+ 0,8	+ 1,3	
Sonstige Anlagen ³⁾	+ 0,2	+ 4,1	- 0,7	+ 0,2	+ 2,2	+ 2,0	
Warenexporte (laut Statistik Austria)							
Real	+ 0,5	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,7	+ 4,5	
Nominell	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,7	+ 3,0	+ 5,5	
Warenimporte (laut Statistik Austria)							
Real	- 0,9	- 0,1	+ 1,0	+ 4,0	+ 3,0	+ 4,2	
Nominell	+ 0,7	- 1,0	- 0,7	+ 2,4	+ 2,0	+ 5,8	
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €	+ 4,73	+ 6,30	+ 6,49	+ 9,11	+10,73	+11,41
	in % des BIP	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,2
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %	2,4	2,0	1,5	0,7	0,8	1,1
Verbraucherpreise		+ 2,4	+ 2,0	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,8
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾		4,9	5,4	5,6	5,7	5,9	6,1
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		7,0	7,6	8,4	9,1	9,5	9,8
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁷⁾		+ 1,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,2
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 2,2	- 1,3	- 2,7	- 1,4	- 1,7	- 1,5

Q: WIFO. 2016 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzungen. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁵⁾ Labour Force Survey. – ⁶⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ Ohne Personen mit aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten.

Das außenwirtschaftliche Umfeld dürfte im Jahresverlauf wieder an Dynamik gewinnen. In den USA bleibt die Konjunktur robust, und im Euro-Raum setzt sich die zögerliche Erholung der Wirtschaft fort. Zudem dürften die Rohstoffpreise die Talsohle bereits durchlaufen haben, sodass sich die Aussichten für die Schwellenländer allmählich wieder bessern. Die österreichischen Exporte dürften demnach 2017 wieder kräftiger zunehmen. Die Investitionskonjunktur bleibt robust: Die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern und sonstigen Anlagen nimmt im Prognosezeitraum beträchtlich zu. Die Bauwirtschaft entwickelt sich hingegen weiter verhalten. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt 2016 und 2017 gegenüber dem Vorjahr um jeweils 1,6% wachsen.

Die Zahl der Beschäftigten steigt auch im Prognosezeitraum deutlich. Zugleich erhöhen die Ausweitung der Erwerbsbevölkerung, u. a. bedingt durch die Flüchtlingsmigration, sowie der Anstieg des Pensionsantrittsalters und der Frauenbeschäftigungsquote das Arbeitskräfteangebot. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt daher weiter zu. 2016 dürfte die Arbeitslosenquote auf 9,5% und 2017 auf 9,8% steigen.

Der dämpfende Effekt der Rohölverbilligung auf die Inflation dürfte bis Ende 2016 auslaufen. Zudem werden 2016 die Maßnahmen der Steuerreform preiswirksam. Von der Einkommensentwicklung dürfte aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit wenig Druck auf die Inflation ausgehen. Das WIFO rechnet mit einem Anstieg der Verbraucherpreise von 1,2% 2016 und 1,8% 2017.

Die öffentlichen Haushalte werden auch im Prognosezeitraum noch durch die Bankhilfen belastet, wenngleich ein deutlich geringeres Ausmaß als in den Vorjahren erwartet wird. Hinzu kommen die Ausgaben für die Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen. Die Steuerreform zieht einen merklichen Rückgang des Lohn- und Einkommensteueraufkommens nach sich, der allerdings durch die gleichzeitig beschlossenen einnahmen- und ausgabenseitigen Gegenfinanzierungsmaßnahmen ausgeglichen werden soll. Den Belastungen steht eine günstige Entwicklung der Steuereinnahmen sowie der Pensions- und Zinsausgaben im Jahr 2015 gegenüber. Nach einem deutlichen Rückgang des Maastricht-Defizits auf 1,4% des Bruttoinlandsproduktes 2015 (2014: 2,7%) rechnet das WIFO mit einem Anstieg auf 1,7% 2016 und einem Rückgang auf 1,5% 2017.

1. Entwicklung der Weltwirtschaft verliert etwas an Schwung

Die Weltwirtschaft verlor in der zweiten Jahreshälfte 2015 an Dynamik. In den USA wuchs die Wirtschaft im IV. Quartal gegenüber dem Vorquartal um nur 0,3% (III. Quartal +0,5%). Die Konjunktur wurde vom Konsum der privaten Haushalte getragen, der auch im IV. Quartal kräftig zunahm. Der anhaltende Rückgang der Arbeitslosenquote und der kontinuierliche Anstieg der Immobilienpreise begünstigten diese Entwicklung. Die Investitionen sanken hingegen in den letzten drei Monaten 2015 deutlich. Hier dürfte sich insbesondere die verminderte Bereitschaft zu Investitionen in Rohöl- und Gasförderanlagen niederschlagen, die aufgrund der niedrigen Rohstoffpreise an Profitabilität eingebüßt haben. Auch die Exporte gingen wegen der anhaltend hohen Wechselkurse und der schwachen Nachfrage aus den Schwellenländern zurück.

In den USA verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum Ende 2015 merklich, die Konjunktur dürfte aber robust bleiben. In China bremst der Strukturwandel das Wachstum, und in den Schwellenländern leidet die Wirtschaft unter dem Verfall der Rohstoffpreise.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
<i>Bruttoinlandsprodukt, real</i>							
Welt	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,4	
USA	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,4	
Japan	+ 1,7	+ 1,4	± 0,0	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,2	
EU 28	- 0,5	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,8	
Euro-Raum (19 Länder ¹⁾)	- 0,9	- 0,3	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,6	
5 EU-Länder ²⁾)	+ 0,4	+ 0,9	+ 3,0	+ 3,5	+ 3,1	+ 3,2	
China	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,3	+ 6,9	+ 6,2	+ 5,8	
Welthandel, real	+ 1,6	+ 2,4	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,5	
Marktwachstum Österreichs ³⁾)	+ 0,6	+ 1,8	+ 3,5	+ 2,5	+ 3,0	+ 4,5	
<i>Weltmarkt-Rohstoffpreise⁴⁾)</i>							
Ohne Rohöl	- 2,8	- 1,9	- 7,0	- 41,5	- 26	+ 16	
	- 14,4	- 6,1	- 6,2	- 19,6	- 6	+ 8	
Erdölpreis	Brent, \$ je Barrel	111,6	108,7	99,0	52,5	35	42
Wechselkurs ⁵⁾)	\$ je Euro	1,286	1,328	1,329	1,110	1,10	1,10

Q: WIFO. 2016 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Belgien, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, Slowakei, Finnland. – ²⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ³⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer (laut Oxford Economics), gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁴⁾ HWWI-Index, auf Dollarbasis. – ⁵⁾ Jahresdurchschnitte aufgrund von Monatsdurchschnitten.

Mehrere Indikatoren deuten darauf hin, dass die Konjunktur auch Anfang 2016 schwach bleibt. Der ISM Purchasing Managers' Index stieg zwar im Jänner wieder etwas, lag aber weiterhin beträchtlich unter der Expansionsmarke. Das Konsumentenvertrauen ging im Februar neuerlich leicht zurück. Die Konsumnachfrage dürfte jedoch – begünstigt durch die Arbeitsmarktsituation – robust bleiben. Das WIFO rechnet mit einem Wirtschaftswachstum von 2% 2016 und 2,4% 2017.

Die Notenbank der USA beendete im Dezember 2015 ihre Nullzinspolitik und hob den Leitzinssatz erstmals seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise um 25 Basispunkte an. Ausschlaggebend war dafür vor allem die niedrige Arbeitslosenquote. Auch die Inflation stieg zuletzt wieder deutlich: Die für die Beurteilung des inländischen Preisauftriebes wichtige Rate der Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) lag im Jänner über 2%. Die Fed dürfte ihren geldpolitischen Kurs daher weiter straffen. Angesichts der Konjunkturabschwächung wird sie das Zinsniveau allerdings wohl nur zögerlich anheben.

In China bringt der Strukturwandel von einer auf Export ausgerichteten Wirtschaft zu einem stärker binnengeführten Wachstum seit einigen Jahren eine kontinuierliche Abschwächung des Expansionstempos mit sich. 2015 nahm das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr erstmals seit Jahren um weniger als 7% zu. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von Produkten aus China lässt seit einiger Zeit nach, da das hohe Wirtschaftswachstum in der Vergangenheit kräftige Lohnsteigerungen zur Folge hatte. Zudem wertete die chinesische Währung seit 2014 in der Tendenz deutlich auf. Immer mehr Produktionsstätten werden deshalb in andere Länder verlagert. Die Regierung versuchte, die Abschwächung des Wirtschaftswachstums durch unterstützende wirtschaftspolitische Maßnahmen abzufedern. Die Situation auf den Kredit- und Immobilienmärkten bleibt jedoch fragil. Auch die großen öffentlichen Inves-

titionsprojekte und der Wohnbau dürften da und dort bereits an ihre Grenzen stoßen. Vor diesem Hintergrund erwartet das WIFO eine Fortsetzung der kontinuierlichen Wachstumsverlangsamung: Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in China 2016 um 6,2% und 2017 um 5,8% expandieren.

In vielen Schwellenländern leidet die Wirtschaft nach wie vor unter dem starken Rückgang der Rohstoffpreise. Der Preis von Rohöl der Marke Brent lag im Februar stabil bei gut 30 \$ je Barrel, nachdem er im Jänner zwischenzeitlich auf 26 \$ gesunken war. Auch die Notierungen von Agrar- und Industrierohstoffen gehen seit 2014 kontinuierlich zurück. Ursache dieser Entwicklung dürften die Schwäche der Weltwirtschaft und das Nachlassen der Nachfrage nach Rohstoffen aus China sein. Zudem haben zahlreiche erdölexportierende Länder ihre Produktion stark ausgeweitet. Der Preisverfall hat schwerwiegende Folgen für die rohstoffexportierenden Schwellenländer: So befinden sich etwa Brasilien und Russland weiter in einer Rezession.

Die dämpfenden Einflüsse auf die Rohstoffpreise dürften anhalten, zumal auch die Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran das Angebot an Rohöl erhöhen wird. In den Schwellenländern wird die Wirtschaft daher im Prognosezeitraum nur mäßig wachsen.

2. Konjunktur bleibt im Euro-Raum verhalten

Im Euro-Raum setzt sich die zögerliche Konjunkturerholung fort. Die unsichere Stimmung der Verbraucher und Unternehmen hält an.

Im Euro-Raum kommt die Konjunktur weiter nicht in Schwung. Im IV. Quartal stieg das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorquartal mit +0,3% gleich stark wie in den drei Monaten davor. In Deutschland und in Frankreich blieb das Expansions-tempo unverändert gedämpft; in Italien verlangsamte es sich geringfügig. Unter den großen Ländern nahm die Wirtschaftsleistung lediglich in Spanien unverändert kräftig zu. Das Wachstum wurde dabei in den meisten Ländern des Euro-Raumes überwiegend von der Inlandsnachfrage getrieben, während sich die Exportdynamik abschwächte oder die Ausfuhr wie in Deutschland sogar gegenüber dem Vorquartal zurückging.

Gemäß dem Konjunkturtest der Europäischen Kommission hält die schwache Grundtendenz der Konjunktur an. Im Februar sank das Vertrauen im Euro-Raum in allen Bereichen außer der Bauwirtschaft. Der Economic Sentiment Indicator (ESI) ging nach einem zwischenzeitlichen Anstieg wieder auf das Niveau vom Sommer 2015 zurück und blieb damit unter seinem langjährigen Durchschnitt. Die Eintrübung der Aussichten betraf dabei alle großen Länder des Euro-Raumes. Besonders groß war der Vertrauensverlust im Konsumentenbereich und in der Industrie bei einer merklich pessimistischeren Einschätzung der Auftragslage und der Produktionserwartungen. Insgesamt weist die Entwicklung des ESI auf ein mäßiges Wirtschaftswachstum zu Jahresbeginn hin, das sich im weiteren Prognosezeitraum nur geringfügig beschleunigen dürfte.

Die Europäische Zentralbank versucht angesichts der negativen Inflationsraten, die Konjunktur mit expansiven Maßnahmen zu stützen. Seit März 2015 kauft sie monatlich Staatsanleihen im Ausmaß von 60 Mrd. €. Dieses Programm läuft vorläufig bis Ende März 2017, könnte jedoch bei Bedarf verlängert werden. Anlässlich der Ratssitzung vom 10. März 2016 wurde beschlossen, das Programm ab April auf Unternehmensanleihen auszuweiten und das Volumen auf monatlich 80 Mrd. € aufzustocken. Der Zinssatz, den Banken für Einlagen bei der Zentralbank zahlen, wurde neuerlich gesenkt und liegt nun bei -0,4%. Diese Maßnahme soll Banken dazu veranlassen, mehr Kredite zu vergeben. Die expansive Geldpolitik der EZB wird in Verbindung mit einer allmählichen Anhebung der Zinssätze in den USA dazu führen, dass der Euro-Wechselkurs niedrig bleibt. Darüber hinaus dürften die Maßnahmen jedoch wenig Wirkung auf die Konjunktur haben. Auch die Projekte, die im Rahmen des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) durchgeführt werden, dürften erst allmählich nachfragewirksam werden und in ihrer Gesamtheit nicht ausreichen, um die Konjunktur merklich zu stimulieren.

Allerdings dürften die niedrigen Energie- und Rohstoffpreise, der allmähliche Rückgang der hohen Arbeitslosenquote und eine weniger restriktive Fiskalpolitik als in den

Vorjahren die Nachfrage im Euro-Raum stützen. Das WIFO erwartet für 2016 ein Wirtschaftswachstum von 1,4%, das sich 2017 geringfügig auf 1,6% beschleunigen dürfte.

3. Konsumwachstum gleicht Abschwächung der Exportwirtschaft in Österreich aus

Im vergangenen Jahr wuchs die Wirtschaft in Österreich mit +0,9% gegenüber dem Vorjahr zum vierten Mal in Folge nur mäßig. Die Konjunktur beschleunigte sich im Jahresverlauf dabei kaum, im IV. Quartal 2015 betrug der Zuwachs der Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorquartal ebenso wie in den zwei Quartalen zuvor nur 0,3%. Zwar zogen die Ausrüstungsinvestitionen 2015 gegenüber dem Vorjahr an, und auch vom Außenhandel kamen kräftige Impulse. Die privaten Konsumausgaben nahmen hingegen nur wenig zu.

Zu Jahresende veränderte sich die Dynamik der Nachfragekomponenten allerdings etwas. Während sich das Wachstum der Exporte im IV. Quartal infolge der weltwirtschaftlichen Abschwächung merklich verlangsamte und die Investitionen geringfügig an Schwung verloren, zogen die Konsumausgaben spürbar an. Grund dieser Entwicklung war eine beträchtliche Steigerung des Konsums der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und des Staates. Hier schlugen sich bereits die Ausgaben für die Grundversorgung der Flüchtlinge nieder, deren Zahl im Laufe des Jahres 2015 stark gestiegen war. Der Konsum der privaten Haushalte im engeren Sinne – ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck – erhöhte sich hingegen auch im IV. Quartal 2015 kaum. Weder die niedrigen Energiepreise noch die Aussicht auf die Einkommensentlastung durch das Inkrafttreten der Steuerreform Anfang 2016 erhöhte die Ausgabenbereitschaft der privaten Haushalte zu Jahresende. Dies dürfte insbesondere an der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit, der mäßigen Einkommensentwicklung und der merklichen Verteuerung von Mieten und Dienstleistungen liegen.

Die schwache Grunddynamik der Konjunktur dürfte im laufenden Jahr anhalten. Die Einschätzungen der Unternehmen verschlechterten sich laut WIFO-Konjunkturtest vom Februar merklich, und auch der WIFO-Frühindikator ging zuletzt empfindlich zurück. Vor allem in der Sachgütererzeugung trübte sich die Stimmung infolge der weltweiten Wachstumsschwäche ein. Der Indikator für das Konsumentenvertrauen laut Konjunkturtest der Europäischen Kommission verbesserte sich zuletzt allerdings etwas. Überlagert wird die schwache Dynamik aber von einer Zunahme der Ausgaben infolge der Flüchtlingsmigration, die sich in einer merklichen Steigerung des privaten und öffentlichen Konsums niederschlägt. Die Zahl der Asylanträge stieg im Jahresverlauf 2015 kräftig auf insgesamt knapp 90.000 (+60.000 gegenüber dem Vorjahr). Anfang 2016 flachte ihre Entwicklung etwas ab, im Jänner wurden knapp 6.000 neue Asylverfahren eröffnet. Zudem hat die Regierung angekündigt, die Zahl der Asylanträge 2016 und in den Folgejahren deutlich senken zu wollen. Auf Basis dieser Entwicklungen rechnet das WIFO 2016 mit 70.000 und 2017 mit 35.000 Anträgen.

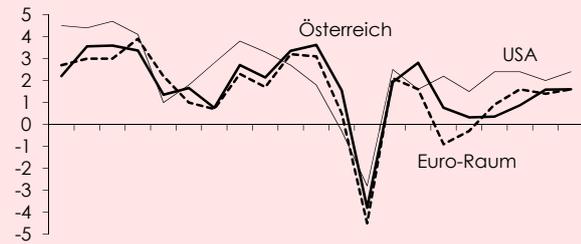
Asylsuchende werden während ihres Verfahrens zunächst in der Grundversorgung betreut und haben nach Zuerkennung des Status als Asyl- oder subsidiär Schutzberechtigte Anspruch auf die bedarfsorientierte Mindestsicherung. Die Ausgaben für die Grundversorgung sind in der entsprechenden Vereinbarung festgelegt und werden von der öffentlichen Hand geleistet. Da die Versorgung vielerorts durch Hilfsorganisationen oder Kirchenverbände durchgeführt wird, schlägt sich ein Teil der Ausgaben im Konsum der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck nieder. Der überwiegende Teil der 2015 gestellten Asylanträge befindet sich noch in Bearbeitung. Die Zahl der Personen in der Grundversorgung wird daher nur allmählich sinken. Für 2016 rechnet das WIFO mit einem Ganzjahresäquivalent von 55.000 Asylsuchenden in der Grundversorgung, für 2017 mit 30.000. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung wird überwiegend für die Abdeckung der grundlegenden Bedürfnisse verwendet und fließt in den privaten Konsum, der dadurch im Prognosezeitraum merklich erhöht wird.

Die Ausgaben für die Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen erhöhen den privaten und öffentlichen Konsum in Österreich. Die dämpfenden Effekte der weltweiten Konjunkturabschwächung werden dadurch gemildert.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

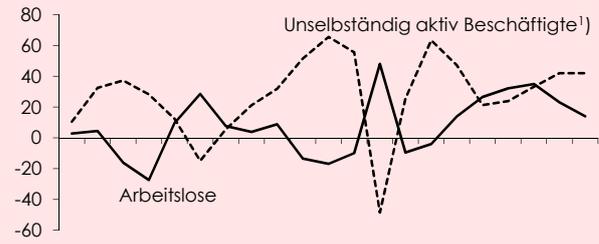
Wirtschaftswachstum

In %



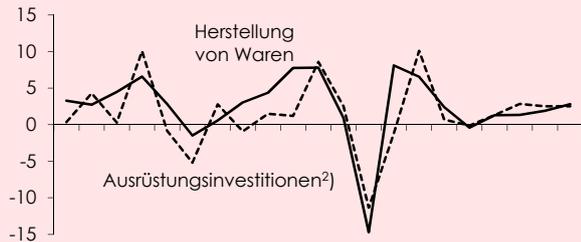
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



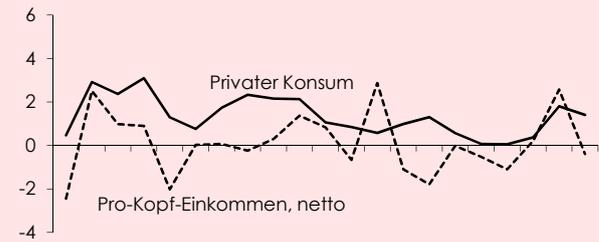
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



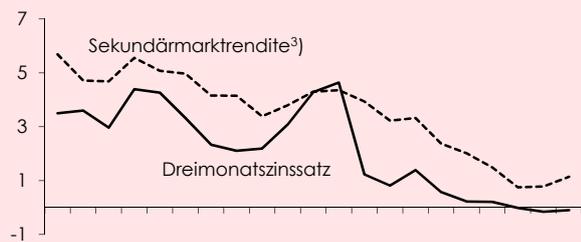
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



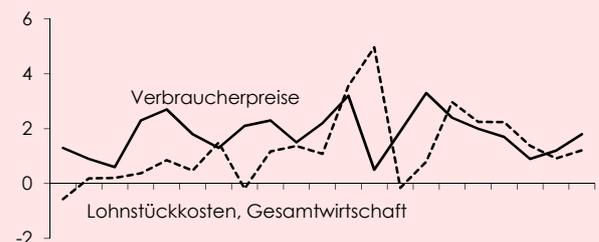
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



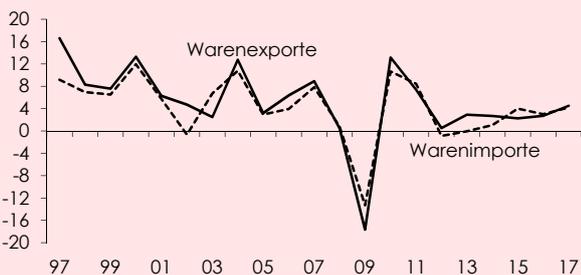
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



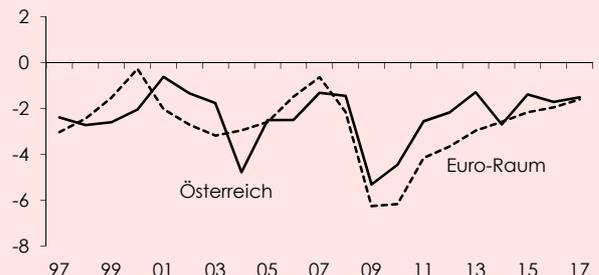
Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO. 2016 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen mit aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung; Bruch 2007/08 wegen Umstellung der Beschäftigtenstatistik. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

2016 wird der private Konsum auch durch die Steuerreform unterstützt, die zu Jahresbeginn in Kraft getreten ist. Die Reform der Lohn- und Einkommensteuer bringt merkliche Zuwächse der Nettoverdienste. Bei vollständiger Umsetzung der Gegenfinanzierungsmaßnahmen dürfte der Effekt der Steuerreform auf den privaten Konsum

etwa +0,4% betragen¹⁾). Insgesamt erwartet das WIFO einen Anstieg des privaten Konsums um 1,8% 2016 und 1,4% 2017. Der öffentliche Konsum dürfte 2016 ebenfalls zunehmen (2016 +0,8%, 2017 +0,7%).

Übersicht 3: Konsum, Einkommen und Preise

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,8	+ 1,4
Dauerhafte Konsumgüter	+ 0,7	- 3,0	- 0,5	- 1,5	+ 2,0	+ 2,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,3
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 2,0	- 2,0	+ 0,5	+ 0,6	+ 2,3	+ 1,5
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	9,2	7,3	7,8	8,0	8,4	8,5
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	8,5	6,6	7,0	7,2	7,6	7,7
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 0,0	- 1,2	+ 0,3	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,4
	In %					
Inflationsrate						
National	2,4	2,0	1,7	0,9	1,2	1,8
Harmonisiert	2,6	2,1	1,5	0,8	1,2	1,8
"Kerninflation" ²⁾	2,3	2,3	1,9	1,7	1,7	1,6

Q: WIFO. 2016 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Übersicht 4: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾						
Nominell, brutto	+ 2,7	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,5
Real ²⁾						
Brutto	+ 0,3	- 0,1	- 0,3	+ 0,8	+ 0,1	- 0,3
Netto	- 0,0	- 0,5	- 1,1	+ 0,2	+ 2,6	- 0,4
Lohnstückkosten						
Gesamtwirtschaft	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,2
Herstellung von Waren	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,2	+ 0,9	- 0,4	- 1,0
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	- 1,7	+ 1,8	+ 1,2	- 2,7	+ 1,1	+ 0,1
Real	- 1,7	+ 2,1	+ 1,5	- 2,7	+ 1,3	- 0,3

Q: WIFO. 2016 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI.

3.1 Exporte und Ausrüstungsinvestitionen im Sog der internationalen Konjunktur

Die Entwicklung der Anlageinvestitionen gewann ab dem Frühjahr 2015 an Schwung, der im Großen und Ganzen bis Jahresende anhielt. Die kontinuierliche Verbesserung der Erwartungen im Jahresverlauf veranlasste die Unternehmen, wieder in die Erneuerung der Produktionskapazitäten zu investieren. Die Abschwächung des weltwirtschaftlichen Umfeldes drückte zuletzt jedoch die Stimmung merklich; insbesondere in der Sachgütererzeugung waren die Einschätzungen der Auftragslage und der Geschäftsaussichten für die nächsten Monate gedämpft. Die Unter-

¹⁾ Baumgartner, J., Kaniowski, S., "Steuerreform 2015/16 – Gesamtwirtschaftliche Wirkungen bis 2019", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(5), S. 399-416, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58171>.

Nach einer vorübergehenden Abschwächung in der ersten Jahreshälfte 2016 steigen die Exporte wieder kräftig. Auch die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen bleiben robust. Die Bauwirtschaft wächst hingegen nur wenig.

nehmen dürften deshalb ihre Investitionen in den kommenden Monaten wieder etwas vorsichtiger ausweiten. Dennoch prognostiziert das WIFO eine kräftige Steigerung der Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen im Prognosezeitraum.

Die Bauinvestitionen gingen hingegen 2015 zum dritten Mal in Folge gegenüber dem Vorjahr zurück. Die Einschätzungen der Bauunternehmen verbesserten sich allerdings laut WIFO-Konjunkturtest im Jahresverlauf deutlich, sodass 2016 und 2017 wieder mit einer Ausweitung der Bauinvestitionen zu rechnen ist. Insbesondere der Wohnbau dürfte aufgrund des Bevölkerungswachstums spürbar anziehen. Die Wohnbauoffensive der Bundesregierung und die geplante Gründung der neuen Wohnbauinvestitionsbank (WBIB) dürften vor allem 2017 Nachfrageimpulse liefern. Insgesamt werden die Bruttoanlageinvestitionen 2016 gegenüber dem Vorjahr um 1,7% und 2017 um 1,8% steigen.

Übersicht 5: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
	Mrd. € (Referenzjahr 2010)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	222,17	223,37	226,78	229,53	+ 0,3	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,2
Private Haushalte ¹⁾	161,18	161,77	164,68	166,99	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,8	+ 1,4
Staat	61,00	61,62	62,11	62,55	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,7
Bruttoinvestitionen	69,90	69,37	70,54	71,91	- 1,6	- 0,8	+ 1,7	+ 1,9
Bruttoanlageinvestitionen	68,61	68,90	70,04	71,33	- 0,2	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,8
Ausrüstungen ²⁾	23,51	24,17	24,78	25,40	+ 1,3	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,5
Bauten	31,38	31,01	31,26	31,67	- 1,0	- 1,2	+ 0,8	+ 1,3
Sonstige Anlagen ³⁾	13,75	13,78	14,09	14,36	- 0,7	+ 0,2	+ 2,2	+ 2,0
Inländische Verwendung	293,50	295,93	300,75	304,90	- 0,1	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,4
Exporte	166,64	169,46	173,99	180,95	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,7	+ 4,0
Reiseverkehr	12,60	13,13	13,34	13,47	- 0,0	+ 4,2	+ 1,6	+ 1,0
Minus Importe	152,86	155,40	159,84	165,90	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,9	+ 3,8
Reiseverkehr	6,29	5,91	5,82	5,82	+ 2,8	- 6,0	- 1,5	± 0,0
Bruttoinlandsprodukt	307,26	309,95	314,86	319,89	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,6
Nominell	329,30	337,16	349,48	360,64	+ 2,0	+ 2,4	+ 3,7	+ 3,2

Q: WIFO. 2016 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzungen.

2015 war der österreichische Außenhandel von der Wachstumsschwäche im Euro-Raum und in den Schwellenländern geprägt. Die Nachfrage aus den USA und aus Ostmitteleuropa erwies sich hingegen als kräftig. Im Jahresverlauf verlangsamte sich das Wachstum der Exporte in diese Regionen jedoch etwas, die Abschwächung des weltwirtschaftlichen Umfeldes dämpfte die Ausfuhr im IV. Quartal merklich. Diese Entwicklung dürfte in den ersten Monaten 2016 anhalten. Insgesamt bleibt die Exportnachfrage jedoch auch im Prognosezeitraum robust. Mit einem Anziehen der Konjunktur in den wichtigsten Exportmärkten dürfte auch die österreichische Ausfuhr wieder kräftig zunehmen. Das WIFO rechnet mit einer Ausweitung der realen Warenexporte gegenüber dem Vorjahr um 2,7% 2016 und 4,5% 2017. Aufgrund der robusten Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen und der Ausweitung der Konsumausgaben nehmen die Warenimporte 2016 um 3% und 2017 um 4,2% zu.

Das Jahr 2015 war für die österreichischen Tourismusunternehmen außergewöhnlich erfolgreich. In den letzten drei Monaten 2015 war allerdings eine merkliche Abschwächung zu verzeichnen: Die Reiseverkehrsexporte nahmen gegenüber dem Vorquartal nicht mehr zu. Hier dürften sich insbesondere der Schneemangel in der ersten Hälfte der Wintersaison sowie Reisebeeinträchtigungen aufgrund der Grenzkontrollen zwischen Österreich und Deutschland niedergeschlagen haben. 2016 und 2017 dürften die Reiseverkehrsexporte weiter steigen, wenn auch weniger stark als im Vorjahr. Die seit Jänner merklich bessere Schneesituation und der frühe Ostertermin stärken den Wintertourismus in den ersten Monaten des Jahres. Positive Auswirkungen auf den österreichischen Tourismus könnten auch die prekäre Sicherheitslage in manchen Hauptzielländern europäischer Reisender und der starke Anstieg der Flüchtlingszahlen in Griechenland haben, wenn sie eine Umlenkung des Reiseverkehrs nach Österreich bewirken.

Die österreichische Sachgütererzeugung profitierte 2015 vom Anziehen der Investitionsdynamik und einer lebhaften Nachfrage aus dem Ausland. Die Wertschöpfung stieg in diesem Bereich insbesondere in den letzten drei Quartalen 2015 deutlich. Im Prognosezeitraum dürfte die Sachgütererzeugung weiter zunehmen (2016 +1,9%, 2017 +2,8%). Noch kräftiger wächst die Wertschöpfung im Handel: Aufgrund des beträchtlichen Anstieges der Konsumausgaben dürfte sie 2016 und 2017 um jeweils mehr als 3% höher sein als im Vorjahr.

Übersicht 6: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
	Mrd. € (Referenzjahr 2010)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,02	3,75	3,75	3,75	+ 4,1	- 6,7	± 0,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	55,15	55,74	56,80	58,39	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,8
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	8,62	8,90	9,03	9,21	+ 2,6	+ 3,2	+ 1,5	+ 2,0
Bau	16,20	16,21	16,37	16,58	- 2,0	+ 0,1	+ 1,0	+ 1,3
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	34,40	35,02	36,14	37,33	- 0,5	+ 1,8	+ 3,2	+ 3,3
Verkehr	14,87	14,81	14,95	15,10	- 1,1	- 0,4	+ 1,0	+ 1,0
Beherbergung und Gastronomie	13,23	13,33	13,56	13,71	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,7	+ 1,1
Information und Kommunikation	8,72	8,58	8,62	8,71	- 2,7	- 1,7	+ 0,5	+ 1,0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	11,55	11,53	11,25	11,13	- 1,5	- 0,2	- 2,5	- 1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	26,44	27,07	27,61	28,02	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,5
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	26,12	25,86	26,23	26,75	+ 1,2	- 1,0	+ 1,4	+ 2,0
Öffentliche Verwaltung ²⁾	47,46	48,13	48,99	49,24	- 0,2	+ 1,4	+ 1,8	+ 0,5
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	7,66	7,75	7,84	7,92	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	274,40	276,58	280,98	285,57	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,6
Bruttoinlandsprodukt	307,26	309,95	314,86	319,89	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,6

Q: WIFO. 2016 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Übersicht 7: Produktivität

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Gesamtwirtschaft</i>						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,6
Geleistete Arbeitsstunden ¹⁾	- 0,3	- 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,9
Stundenproduktivität ²⁾	+ 1,1	+ 0,8	- 0,1	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7
Erwerbstätige ³⁾	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,3
<i>Herstellung von Waren</i>						
Produktion ⁴⁾	+ 2,4	- 0,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,9	+ 2,8
Geleistete Arbeitsstunden ⁵⁾	+ 1,1	- 0,7	- 0,0	+ 0,1	± 0,0	± 0,0
Stundenproduktivität ²⁾	+ 1,2	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,9	+ 2,8
Unselbständig Beschäftigte ⁶⁾	+ 1,5	- 0,3	+ 0,2	- 0,2	- 0,1	± 0,0

Q: WIFO. 2016 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ²⁾ Produktion je geleistete Arbeitsstunde. – ³⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ⁴⁾ Nettproduktion, real. – ⁵⁾ Von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ⁶⁾ Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse).

3.2 Keine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt

Die Beschäftigung nahm in den letzten zwölf Monaten trotz schwacher Konjunktur merklich zu. Insbesondere im Dienstleistungsbereich wuchs die Beschäftigung kräftig; in der Sachgütererzeugung und im Bauwesen stagnierte sie hingegen. Im Februar 2016 war die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 60.000 (+1,8%) höher als im Vorjahr; aufgrund des milden Wetters trug vor allem die Beschäftigung im Bauwe-

Die Arbeitslosigkeit erhöht sich im Prognosezeitraum weiter. Das Wachstum der Beschäftigung kann die Zunahme des Arbeitskräfteangebotes nicht vollständig aufnehmen.

sen zu diesem starken Wachstum bei. Die Zahl der Arbeitslosen stieg aber ebenfalls (+8.100, +2%). Saisonbereinigt erhöhte sich die Arbeitslosenquote allerdings seit Mai 2015 nicht mehr.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert sich im Prognosezeitraum nicht. Zwar dürfte die unselbständige Aktivbeschäftigung 2016 und 2017 gegenüber dem Vorjahr um jeweils 42.000 (+1,2%) wachsen. Auch das Angebot an Arbeitskräften erhöht sich jedoch deutlich. Dazu tragen die Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, u. a. bedingt durch die Flüchtlingsmigration, der Anstieg des effektiven Pensionsantrittsalters und der Beschäftigungsquote von Frauen bei. Die Arbeitslosenquote nach Definition des AMS steigt dadurch auf 9,5% 2016 und 9,8% 2017.

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 50,1	+ 29,3	+ 31,8	+ 38,2	+ 47,0	+ 47,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 47,2	+ 21,2	+ 23,8	+ 33,2	+ 42,0	+ 42,0
Veränderung gegen das Vorjahr	in %					
Inländische Arbeitskräfte	+ 9,0	- 8,5	- 8,1	+ 6,3	+ 9,0	+ 9,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 38,1	+ 29,7	+ 32,0	+ 27,0	+ 33,0	+ 33,0
Selbständige ³⁾	+ 2,9	+ 8,1	+ 8,0	+ 5,0	+ 5,0	+ 5,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 18,0	+ 23,5	+ 33,1	+ 44,4	+ 37,8	+ 34,2
15- bis 59-Jährige	+ 22,3	+ 27,2	+ 33,7	+ 36,4	+ 22,5	+ 15,2
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 64,0	+ 55,9	+ 64,0	+ 73,2	+ 70,0	+ 61,0
Überhang an Arbeitskräften						
Vorgemerkte Arbeitslose (laut AMS)						
Stand	in 1.000	260,6	287,2	319,4	354,3	377,3
Arbeitslose in Kursmaßnahmen	in 1.000	66,6	73,5	75,3	65,1	73,1
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁵⁾		4,9	5,4	5,6	5,7	5,9
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)		6,2	6,8	7,4	8,1	8,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)		7,0	7,6	8,4	9,1	9,8
Beschäftigungsquote						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁴⁾		67,2	67,5	67,6	67,8	68,1
Erwerbstätige ⁵⁾⁴⁾		71,4	71,4	71,1	71,2	71,5

Q: WIFO. 2016 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen mit aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ⁴⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁵⁾ Labour Force Survey. – ⁶⁾ In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

3.3 Inflation erhöht sich allmählich wieder

Nach Auslaufen der dämpfenden Effekte der Rohölverbilligung dürfte die Inflation allmählich wieder ansteigen. Der Auftrieb der Verbraucherpreise bleibt aber merklich unter der 2%-Marke.

Die weltweite Nachfrageschwäche und das kräftige Angebot lösten einen Rückgang der Rohstoffpreise aus, der den Anstieg der Verbraucherpreise dämpft. Die Inflation sank dadurch 2015 auf 0,9%. Sie war aber wesentlich höher als in Deutschland und im Durchschnitt des Euro-Raumes, vor allem wegen der starken Preissteigerungen von Bewirtungsdienstleistungen, Mieten und Versicherungen.

Die Prognose geht davon aus, dass der Rohölpreis im Jänner 2016 seinen Tiefpunkt erreicht hat und im Laufe des Prognosezeitraumes wieder ansteigt. Der dämpfende Effekt auf die Inflation hält noch bis Ende 2016 an, nimmt allerdings im Jahresverlauf ab. Aufgrund der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt dürften die Reallöhne im Prognosezeitraum stagnieren, während die gesamtwirtschaftliche Produktivität steigt, sodass von dieser Seite kein Preisdruck entsteht. 2016 wird aber eine Reihe von Maßnahmen inflationswirksam, die im Zuge der Steuerreform beschlossen wurden. Die Erhöhung indirekter Steuern und die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung werden voraussichtlich die Verbraucherpreise anheben²⁾. Die Anpassung der Richtwer-

²⁾ Die Effekte der Steuerreform auf die Inflation betragen laut WIFO-Berechnungen +0,3 Prozentpunkte 2016 und +0,2 Prozentpunkte 2017 (Baumgartner, J., Kaniowski, S., "Steuerreform 2015/16 – Gesamtwirtschaftliche Wirkungen bis 2019", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(5), S. 399-416, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58171>).

te für Wohnungsmieten wird hingegen heuer ausgesetzt, die nächste Anpassung erfolgt im April 2017. Das WIFO rechnet mit einer Inflationsrate von 1,2% 2016 und 1,8% 2017.

3.4 Günstige Entwicklungen gleichen Belastung der öffentlichen Haushalte teilweise aus

Trotz erheblicher Belastungen entwickelten sich die öffentlichen Haushalte 2015 günstig. Die Einnahmen aus veranlagter Einkommensteuer, Grunderwerbsteuer und Kapitalertragsteuer stiegen kräftig, die Ausgaben für Pensionen waren niedriger als erwartet, und die niedrigen Refinanzierungskosten ließen die Zinsausgaben für die Staatsschuld wie in den Vorjahren sinken. Dem standen die Kosten der Bankenhilfen und der HETA-Abwicklung gegenüber, die 2015 2,1 Mrd. € ausmachten. Der Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition betrug 2015 nach vorläufiger Schätzung -1,4% des Bruttoinlandsproduktes und war damit deutlich geringer als erwartet. Ohne Ausgaben für Banken hätte das Maastricht-Defizit sogar nur 0,8% des Bruttoinlandsproduktes betragen. Insgesamt wuchs der Schuldenstand durch die Unterstützung des Finanzsektors von 2008 bis 2015 kumuliert um etwa 35,7 Mrd. € (10,6% des Bruttoinlandsproduktes³).

Die Belastungen durch die Bankenhilfen halten im Prognosezeitraum an, wenn auch in deutlich geringerem Ausmaß. Für 2016 unterstellt die Prognose Ausgaben von 700 Mio. €, für 2017 von 500 Mio. €. Die Steuerreform, die Anfang 2016 in Kraft trat, bewirkt im ersten Jahr ihrer Umsetzung eine Senkung des jährlichen Lohn- und Einkommensteueraufkommens um rund 4 Mrd. € (1,1% des Bruttoinlandsproduktes), ab 2017 um 5,4 Mrd. € (1,5% des Bruttoinlandsproduktes). Zur Gegenfinanzierung ist ein Katalog von Maßnahmen vorgesehen, der Zusatzeinnahmen aus diversen Abgabenerhöhungen und der Bekämpfung von Steuer- und Sozialabgabenbetrug vorsieht. Ferner sollen Bund und Länder Ausgaben für Förderungen und Verwaltung in der Höhe von 1,1 Mrd. € einsparen. Die vorliegende Prognose unterstellt, dass die Maßnahmen des Bundes im Bundesvoranschlag 2016 berücksichtigt wurden und zeitgerecht umgesetzt werden.

Weitere Belastungen für die öffentlichen Haushalte entstehen durch die Ausgaben für die Betreuung und Grundversorgung von Flüchtlingen. Sie erhöhen den öffentlichen Konsum und sonstige Transfers des Staates. Die Zusatzausgaben für die bedarfsorientierte Mindestsicherung von Flüchtlingen, deren Recht auf Asyl oder subsidiären Schutz anerkannt wurde, schlagen sich in einem Anstieg der monetären Sozialleistungen nieder. Darüber hinaus fallen Ausgaben für Integrationsmaßnahmen sowie in den Bereichen Recht und Sicherheit an. Auf Basis der in dieser Prognose unterstellten Annahmen (siehe oben) betragen die geschätzten Gesamtausgaben für die Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen 2016 1,9 Mrd. € und 2017 1,8 Mrd. €⁴).

Diesen Belastungen steht die anhaltende Entlastung durch die oben beschriebenen Faktoren gegenüber. Die Finanzierungskosten für die Staatsschuld werden im Prognosezeitraum voraussichtlich niedrig bleiben. Die günstige Entwicklung der Steuereinnahmen und der Pensionsausgaben schlägt sich ebenfalls in einer Verbesserung des Finanzierungssaldos 2016 und 2017 nieder. Zusätzlich werden die Steuereinnahmen durch die deutliche Zunahme der Konsumausgaben erhöht. Insgesamt erwartet das WIFO einen Anstieg des Maastricht-Defizits auf 1,7% des Bruttoinlandsproduktes 2016 und einen Rückgang auf 1,5% 2017. Die Staatsschuld dürfte dadurch auf 84,3% des Bruttoinlandsproduktes 2016 und 83% 2017 sinken.

Den Belastungen der öffentlichen Haushalte durch Bankenhilfen und Ausgaben für die Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen steht eine günstige Entwicklung der Einnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie der Pensions- und Zinsausgaben gegenüber. Das Maastricht-Defizit bleibt deutlich unter 2%.

³) Schratzenstaller, M., "Große Herausforderungen für die Budgetpolitik durch Steuerreform, Zukunftsinvestitionsbedarf und Konsolidierungsvorgaben. Bundesfinanzrahmen 2016 bis 2019 und Bundesvoranschlag 2016", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(11), S. 827-844, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58521>; Fiskalrat, Das "österreichische Bankenpaket" und die Staatsfinanzen, Wien, 2016, <https://fiskalrat.at/dam/jcr:55ec2359-ac1b-4cef-8506-6c8c7dfded34/FISK-Info-extern-Bankenpaket.pdf>.

⁴) Die Schätzungen betreffen die Gesamtausgaben, nicht die Zusatzausgaben gegenüber den Beträgen der Vorjahre.

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	In % des BIP					
<i>Budgetpolitik</i>						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition	- 2,2	- 1,3	- 2,7	- 1,4	- 1,7	- 1,5
Primärsaldo des Staates laut VGR	0,6	1,3	- 0,2	0,9	0,5	0,6
	In %					
<i>Geldpolitik</i>						
Dreimonatszinssatz	0,6	0,2	0,2	- 0,0	- 0,2	- 0,1
Sekundärmarktrendite ¹⁾	2,4	2,0	1,5	0,7	0,8	1,1
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Effektiver Wechselkursindex</i>						
Nominell	- 1,5	+ 1,7	+ 1,2	- 2,8	+ 1,1	+ 0,1
Real	- 1,5	+ 2,1	+ 1,5	- 2,6	+ 1,2	- 0,3

Q: WIFO. 2016 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

4. Risiken für die Prognose

Die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration bilden das größte Risiko für die vorliegende Prognose. Die unterstellte Zahl von Asylanträgen orientiert sich an der Entwicklung in den ersten Wochen des Jahres 2016. Die tatsächliche Entwicklung wird allerdings von einer Vielzahl von Faktoren abhängen, die aus heutiger Sicht schwierig einzuschätzen sind. So entstand durch die Schließung der "Balkanroute" ein großer Rückstau an Flüchtlingen in Griechenland, die erfasst und auf andere Länder verteilt werden müssen. Auch dürfte die Zahl der Menschen, die versuchen werden in die EU zu fliehen, hoch bleiben und mit einer Verbesserung der Wetterbedingungen allmählich wieder steigen. Unklar ist, ob in den nächsten Wochen eine Vereinbarung der EU mit der Türkei über die Aufnahme von Flüchtlingen zustande kommt, was der genaue Inhalt dieser Vereinbarung sein wird, und welche Auswirkungen sie auf die Zahl der Flüchtlinge in Österreich haben wird. Angesichts dieser unsicheren Entwicklung können im Rahmen dieser Prognose nur vorläufige Annahmen für die Zahl der in Österreich gestellten Asylanträge getroffen werden.

Risiken ergeben sich auch im Bereich der öffentlichen Haushalte durch die Unterstützung des Bankensektors. Darüber hinaus ist noch unklar, wieweit die budgetierten Mehreinnahmen aus den Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuer- und Sozialbetrug von etwa 1,9 Mrd. € tatsächlich bereits 2016 realisiert werden.

Weitere Risiken ergeben sich aus der Entwicklung der Weltwirtschaft. Zum einen könnte die Abschwächung in den USA stärker ausfallen als erwartet. Unklar ist auch, wie reibungslos der Strukturwandel in China hin zu einer stärker konsumgetriebenen Nachfragestruktur verläuft. Hier ist wohl auch in Zukunft immer wieder mit real- und finanzwirtschaftlichen Turbulenzen zu rechnen. Auch der Kurs der Geldpolitik in den USA ist unsicher. Es bleibt abzuwarten, ob die Fed angesichts der Konjunkturabschwächung die Zinssätze wie angekündigt schrittweise anhebt.